

Schleichende Islamisierung auf dem Balkan: Österreichs Verteidigungsminister appelliert an Deutschland

[Veröffentlicht am 27.06.2017 von EpochTimes](#)

Österreichs Verteidigungsminister *Hans-Peter Doskozil* betrachtet die Entwicklung auf dem Balkan mit großer Sorge, denn Ankara werde im Kosovo, Bosnien, Albanien und auch in Serbien immer einflussreicher.

Österreich hat vor einer stärkeren Präsenz von türkischen Soldaten bei Nato-Einsätzen auf dem Balkan gewarnt und gleichzeitig an Deutschland appelliert, beim Engagement nicht nachzulassen. *„Wir sehen auf dem Balkan eine schleichende Islamisierung. Ich betrachte diese Entwicklung mit großer Sorge“*, sagte Österreichs Verteidigungsminister *Hans-Peter Doskozil* der „Welt“.



Flüchtlinge auf der Balkanroute
Foto: über dts Nachrichtenagentur

Das Gewicht der EU auf dem Balkan schwinde, während die Türkei und Saudi-Arabien ihren Einfluss ausbauten.

Doskozil weiter:

- *„Ankara wird im Kosovo, Bosnien, Albanien und auch in Serbien immer einflussreicher. Es wäre wegen dieser Entwicklung aus meiner Sicht nicht vertretbar, dass die Türkei im Rahmen von Nato-Einsätzen demnächst möglicherweise immer mehr Truppen am Balkan stellen wird.“* Ein solches Übergewicht könne nicht im Interesse der Europäer liegen.

Doskozil forderte von der deutschen Bundesregierung, sich weiterhin am Balkan militärisch zu engagieren:

- *„Deutschland und andere Staaten dürfen in ihrem Engagement am Balkan nicht nachlassen, damit das Gleichgewicht der Kräfte und die Stabilisierung der Demokratie in der Region nicht gestört werden.“*

Hintergrund: Österreich, das selbst nicht der Verteidigungsallianz angehört, ist derzeit im Rahmen der so genannten Partnerschaft für den Frieden mit etwa 700 Soldaten in Nato-Einsätzen auf dem Balkan vertreten. Da Ankara aber wegen Kritik aus Wien an der Politik des türkischen Staatspräsidenten *Recep Tayyip Erdogan* eine weitere Teilnahme Österreichs an den Partnerschaftsprogrammen blockiert, könnte die Zahl langfristig zurückgehen und die Lücke von anderen Staaten ausgefüllt werden müssen. (dts)